

DIE ILLUSION DER CHANCENGLEICHHEIT

Ob die laufenden Studienreformen die Chancengleichheit in der Hochschulbildung verbessern, wird sich weisen. Eines ist jedoch bereits jetzt klar: Entscheidender ist ohnehin, was vor und nach dem Studium passiert. Von Markus Binder

Chancengleichheit in der Bildung? Eine Illusion, sagte der französische Soziologe Pierre Bourdieu. Wer hat, dem werden Chancen gegeben. Und wer keine hat, weiss nicht, dass er welche hätte. Die Welt ist ungerecht. Punkt. Aber wird sie gerechter? Eine grosse und entscheidende Frage, denn in der Schweiz sind wir daran, unser Bildungssystem nach dem Bologna-Modell zu reformieren. Und bis Ende 2007 erhalten wir ein neues Hochschulrahmengesetz. Die Frage ist aber auch gewichtig, weil dem Staat die Mittel fehlen oder weggespart werden und die Modelle, wie die Hochschulen zukünftig zu finanzieren seien, ins Kraut schiessen.

Ob die Reformen das Hochschulsystem gerechter machen, ist schwierig zu beantworten. Einer, der das System und die Reformpläne bestens kennt, ist Crispin Hugenschmidt, Leiter der Fachstelle Studienreformen an der Universität Zürich. Hugenschmidt glaubt, dass die Voraussetzungen für mehr Chancengleichheit gegeben sind. Erstens, weil durch die Diskussionen über die Reformen ein Problembewusstsein geschaffen worden sei. In der «Richtlinie über die Umsetzung des Bologna-Prozesses an der Universität Zürich» vom 1. März 2004 wird in Artikel 26 festgehalten, dass die Studiengänge «nach Möglichkeit» so zu gestalten seien, «dass Teilzeitstudierende nicht benachteiligt werden.» In Artikel 29 steht zudem, dass die Chancengleichheit «mit gezielten Massnahmen und Rahmenbedingungen zu fördern und mit flexiblen Studienstrukturen» sicherzustellen sei. Insbesondere sollen das Beratungsangebot ausgebaut und Wiedereinstiegsprogramme unterstützt werden. «Damit wird deutlich, dass die Teilstudierenden vollwertige Studierende sind», so Hugenschmidt.

Zweitens glaubt er, dass die stärkere Strukturierung in Modulen es Teilzeitstudierenden einfacher macht, Arbeit und Studium zu

koordinieren. Staatssekretär Charles Kleiber vom Bundesamt für Bildung und Wissenschaft argumentiert ganz ähnlich. Er betont aber nicht so sehr die Planbarkeit und Transparenz, sondern vielmehr den Bachelor als «berufsbefähigenden Abschluss», der für Studierende aus bildungsfernen Schichten attraktiv sein könne. Ausserdem müsste der Umstand, «dass man ein Masterstudium oder das Doktorat auch nach einer gewissen Auszeit aufnehmen kann, es doch erleichtern, Studium, Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bringen.» Das Masterdiplom soll künftig auch der Regelabschluss sein. Dies hat die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten beschlossen. Deshalb sollen die Stipendien bis zum Master und nicht

«Die Bologna-Reformen haben ein Problembewusstsein für die Chancengleichheit geschaffen.» Crispin Hugenschmidt, Bologna-Experte

nur bis zum Bachelor gewährt werden. Ein Hauptanliegen auch des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften (VSS), der sich dagegen wehrt, dass die Hochschulen auf die wirtschaftlichen Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden.

MIT GUTEM GRUND LÄNGER STUDIEREN
Schafft Bologna also bessere Bedingungen? Bekanntlich müssen die Details durch die Hölle. Zum Beispiel: Wie lange sind Kreditpunkte gültig, die man während des Studiums sammelt? Wissen verfällt, das ist das Wesen der Wissenschaft, also können Punkte nicht ewig gültig sein. Will man dagegen lebenslanges Lernen fördern, dürfen die Punkte nicht verfallen. Die Lösung: Zwar verfallen die Punkte nicht, aber sie sind nur für eine bestimmte Zeit anrechenbar. In Zürich hat man sich auf eine doppelte Richtstudienzeit von 12 Semestern für den

Bachelor geeinigt. Mit dieser Wissenshalbwertszeit haben 90 Prozent der Studierenden kein Problem. Auf Antrag kann zudem die Frist verlängert werden, etwa wenn Kinder oder die Arbeit das Studium verzögern. «Damit wollen wir Druck machen, aber trotzdem die Möglichkeit offen lassen, mit guten Gründen länger studieren zu können», sagt Bolognaexperte Hugenschmidt.

Die Studienreformen werden also vielleicht positive Auswirkungen haben. Vielleicht aber auch nicht. Dann bleibt es dabei, dass die Wahrscheinlichkeit, ein Akademikerkind an der Universität anzutreffen, 13-mal grösser ist als ein Kind, dessen Eltern keine nachobligatorische Ausbildung gemacht haben. Heute stammt ein Drittel der Studierenden aus einer Akademikerfamilie, in der Medizin ist es fast die Hälfte, aber nur rund 10 Prozent der Bevölkerung haben einen Universitätsabschluss. Und es bleibt

auch dabei, dass der Frauenanteil auf der höheren universitären Stufe nur langsam wächst: Heute sind 45 Prozent aller Studierenden, 34 Prozent der Mittelbauangehörigen und 8 Prozent der Professorenschaft in der Schweiz weiblich. Mit der allgemeinen Bildungsexpansion der letzten 50 Jahre haben sich zwar die Pforten der höheren Bildungsgänge für Frauen geöffnet, doch «der Weg zur Gleichstellung ist noch sehr weit», wie Staatssekretär Kleiber sagt. Das Ziel von Bundesrat und Parlament, bis 2006 den Professorinnenanteil auf 14 Prozent zu erhöhen, wird wohl kaum erreicht werden.

REISEBÜRO UND RECHT

Was vor dem Studium passiert, ist für die Chancengleichheit viel entscheidender als die Hochschulreformen. Entscheidend ist die soziale Herkunft. Zum Beispiel bei Daniela: Ihr Vater ist Italiener und arbeitete auf dem Bau. Ihre

Mutter ist Schweizerin und war Haus- und Putzfrau. Daniela ging nach der sechsten Primarklasse in die Sekundarschule und machte später eine Lehre auf einem Reisebüro. Heute studiert sie Jus. An der Kantonalen Maturitätsschule für Erwachsene (KME) hat sie nach zwei Jahren in einer Reiseagentur die Matura nachgeholt. Dass Daniela nicht gleich nach der Primarschule ins Gymnasium ging, ist kein Einzelfall und auch kein Zufall. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass Jugendliche mit niedriger sozialer Herkunft bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und Fachleistungen seltener ins Gymnasium gelangen als Jugendliche mit hoher sozialer Herkunft.

VORSPRUNG IM BILDUNGSWETTlauf

Immer mehr Jugendliche gehen auch in ihrer Freizeit zur Schule; rund ein Drittel aller Jugendlichen erhält neben der Schule Nachhilfe. Die lernorientierte Freizeitindustrie wächst. Das ist nicht nur eine Geldfrage: ein Vorbereitungskurs für das Gymnasium kostet zwischen 1000 und 3000 Franken. Das ist vor allem auch eine Frage, wie die Eltern die schulische Entwicklung ihrer Kinder fördern. Kulturelles Kapital nennt dies Bourdieu. Statistisch gesehen fahren jene Kinder besser, die dieses Kulturkapital bereits mit der Muttermilch aufgesogen haben. Im Wettlauf um Bildungstitel starten sie mit einem Vorsprung. Dieser Vorsprung hält bis in die Führungsetagen der Unternehmen, wo die Herkunft wichtiger ist als das formale Bildungsniveau, wie Brigitte Liebig in ihrer Dissertation über die «Geschlossene Gesellschaft» im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms des Schweizerischen Nationalfonds «Frauen in Recht und Gesellschaft» gezeigt hat.

Kulturelles Kapital ist also ungleich verteilt. Daniela hätte wohl direkt nach der Primarschule ins Gymnasium wechseln können. Sie wollte aber nicht, sie wollte eine Lehre machen. Und ihre Eltern wollten das auch. Ins Gymnasium zu gehen war nicht denkbar. Denkbar war, eine möglichst gute Lehrstelle zu erhalten. Insofern hatte der Entscheid eine bewusste und eine unbewusste Seite. Erst als die Arbeit auf der Agentur etwas eintönig geworden war und eine Berufsschulkollegin, die weniger

gut abgeschlossen hatte als sie, von der KME erzählte, war für Daniela eine Matura denkbar. Natürlich spielt nicht nur das kulturelle Kapital eine Rolle. Die Finanzierung ist ebenso entscheidend. Daniela hat ihr Ersparnis eingesetzt und Stipendien erhalten. Wenn also die von Schweizer Grossunternehmen gesponserte Denkfabrik «Avenir Suisse» teure Eliteuniversitäten nach dem Vorbild der USA fordert oder Hans-Ulrich Doerig, Verwaltungsrat der Credit Suisse Group und Universitätsrat der Universität Zürich, Gebühren von 5000 Franken vorschlägt, um die Lehre zu verbessern, dann verstärkt dies die Chancenungleichheit, auch wenn die Stipendien ausgebaut werden. Die untersten sozialen Schichten schaffen es mit Stipendien zwar immer noch an die Hochschule, der Mittelstand aber leidet. Dieser verdient zu viel, um in den Genuss von Stipendien zu kommen, verdient aber zu wenig, um sich die hohen Gebühren leisten zu können.

Dass Daniela ein Mädchen war, hat in der Entscheidung gegen das Gymnasium kaum eine Rolle gespielt. Die Frauen haben in den letzten 30 Jahren die Gymnasien und Univer-

Trotz gleichen Leistungen gelangen Jugendliche mit niedriger sozialer Herkunft seltener ins Gymnasium als solche mit einer hohen.

sitäten erobert. Gewisse Fächer, wie die Kunstgeschichte oder die Veterinärmedizin, sind auf der Stufe der Studierenden zu weiblichen Hochburgen geworden. Andere Fächer dagegen sind Männerdomänen geblieben, etwa die Wirtschaftswissenschaften. Dass Danielas Vater Ausländer war, könnte dagegen eine Rolle gespielt haben. Eine Studie des Nationalen Forschungsprogramms «Bildung und Beschäftigung», die dieses Jahr publiziert wurde, hat gezeigt, dass die Nationalität beim Übertritt in die Oberstufe eine grosse Rolle spielt. Nur ein Drittel der Schüler kann nach dem Ende der Primarschule aufgrund der schulischen Leistungen eindeutig einem Sekundarschultyp zugewiesen werden. Zwei Drittel gehören zum mittleren Leistungsbereich, zur Grauzone. Das ist viel, insbesondere weil der Übergang von der Primarstufe zur Sekundarstufe im Bildungssystem eine Schlüsselstelle ist. Die sprachlichen Fähig-

keiten werden beim Übertritt in die Sekundarschule besonders stark gewichtet. Bei der Lehrstellensuche fallen aber oft andere Fächer wie Mathematik stärker ins Gewicht. Resultat: die Hälfte der ausländischen Jugendlichen besucht eine Realschule. Und: ihre Fähigkeiten in nichtsprachlichen Fächern werden weniger gefördert.

DIE WELT GEHÖRT DEN GUT AUSGEBILDETEN

Entscheidend ist allerdings nicht nur, was in der Kindheit und in der Primarschule passiert, sondern auch nach der Lehre oder einem Universitätsabschluss. Die berufliche Flexibilität hat zugenommen. Das hat das Bundesamt für Statistik 1995 anhand der Daten der eidgenössischen Volkszählung von 1990 aufgezeigt. Beispielsweise war 1970 der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Job im Dienstleistungsbereich gleich gross wie derjenige der Erwerbstätigen mit einer dienstleistungsorientierten Berufsqualifikation. 1990 hat sich dieses Verhältnis verschoben, und es gab für den Dienstleistungsbereich zu wenig Arbeitskräfte mit entsprechenden Qualifikationen.

Der Dienstleistungssektor ist also nicht nur gewachsen, er hat sich auch gewandelt: Früher machte man eine Lehre und war dann «etwas», Hochbauzeichner zum Beispiel. Heute muss man sich dagegen ständig weiterbilden und Zusatzzertifikate erlangen. Die Technik und mit ihr der Arbeitsmarkt verändern sich immer schneller. Damit nimmt der Einfluss der Erstausbildung auf den späteren Beruf ab, und die Weiterbildung wird immer wichtiger. Diese aber kostet viel Zeit und Geld. Ein neuer OECD-Bericht zeigt, dass sich besonders die gut Ausgebildeten weiterbilden. Wer bereits fit ist, wird in der Regel noch fitter und sieht gut gerüstet der Zukunft entgegen.

KONTAKT Dr. Crispin Hugenschmidt, c.hugenschmidt@access.unizh.ch